

1/SN-409/ME 1 von 2

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN
ABTEILUNG II/8

GZ. 36 0849/I-II/8/94

25369

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Ditfurth
Telefon:
51 433 / 1825 DW

An das

Präsidium des Nationalrates

Wien

Betr: Chemiewaffenkonvention;
Durchführungsgesetz;
Aussendung; Begutachtung

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	75 -GE/10- 14
Datum:	1. DEZ. 1994
Verfollt	02. Dez. 1994 London

Mag. Keller

In der Anlage werden 25 Exemplare der Stellungnahme des Bundesministerium für Finanzen zum Entwurf eines Bundesgesetzes zur Durchführung des Übereinkommens vom 13. Jänner 1993 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen, übermittelt.

28. November 1994

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN
ABTEILUNG II/8

GZ. 36 0849/I-II/8/94

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Ditzfurth
Telefon:
51 433 / 1825 DW

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1010 Wien

Betr: Chemiewaffenkonvention;
Durchführungsgesetz;
Aussendung; Begutachtung
Z.Zl. 23.691/115-II/1/94 vom 13.10.1994

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wird gegen den Gesetzesentwurf unter der Voraussetzung, daß die angestrebte Regelung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten keinen vermehrten Verwaltungsaufwand und auch keine erhöhten Verwaltungskosten verursacht bzw. daß solche in den do. Ansatzbeträgen sichergestellt sind, kein Einwand erhoben.

Ein fundamentaler Grundsatz der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode bildet die konsequente Fortsetzung der Politik der Budgetkonsolidierung, sodaß dem Begehren auf zusätzliche Planstellen nicht näher getreten werden kann.

In diesem Zusammenhang muß grundsätzlich festgehalten werden, daß die ggstdl. Materie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986 bereits zugewiesen ist, so daß von der Errichtung einer nationalen Behörde nur sehr eingeschränkt gesprochen werden kann.

25 Abdrucke der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

28. November 1994
Für den Bundesminister:
Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: